Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

info@spschweiz.ch
stefan.schuetz@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per E-Mail an:
ab-geko@seco.admin.ch

17. November 2025

SP-Stellungnahme zur Standesinitiative 23.325 (ZH) betreffend die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Ihre Kommission legt einen Vorschlag zur Umsetzung der Standesinitiative 23.325 vor, welche die erlaubte Höchstzahl an Sonntagsverkäufen von heute vier auf zwölf Tage jährlich erhöhen will.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP lehnt die geplante Änderung im Arbeitsgesetz (ArG) ab. Der potenzielle Mehrwert wird nicht ernsthaft aufgezeigt und wiegt die sehr hohen Kosten für Angestellte und Gesellschaft, die aus einer Liberalisierung der Rahmenregelung zum Sonntagsverkauf entstehen würden, sicherlich nicht auf. Der Sonntag ist ein Ruhetag und soll es bleiben.

2. Inhalt des Erlassentwurfs und Position der SP

Nachdem die beiden Wirtschaftskommissionen des Bundesparlaments der Standesinitiative Folge gegeben haben, legte die WAK-S im Juni 2025 ihren Entwurf zu deren Umsetzung vor. Eine „zeitliche Befristung“, wie sie der Titel der Standesinitiative nahelegt, ist in der Vorlage nicht vorgesehen.
Der Entwurf sieht vor, die heute gültige Beschränkung der bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe im Detailhandel in Art. 19 Abs. 6 ArG von vier auf „zwölf“ Sonntage pro Jahr zu erhöhen. Innerhalb dieses Rahmens läge die Festlegung der maximalen Anzahl bewilligungsfreier Sonntagsverkäufe auch künftig bei den Kantonen. An zwölf Sonntagen jährlich müsste

der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin nicht nachweisen, dass am Sonntag eine technische oder wirtschaftliche Unentbehrlichkeit oder ein dringendes Bedürfnis nach der Dienstleistung gemäss Art. 19 bzw. Art. 27 ArG besteht. Lohnzuschläge für Sonntagsarbeit entfielen auch weiterhin, wenn Arbeitnehmende mehr als sechs Sonntage pro Jahr beschäftigt sind: Ein Problem, das sich mit der Umsetzung der Vorlage verschärfen würde.

Die SP lehnt die Vorlage vollumfänglich ab. Der Schritt hin zu einer Normalisierung der Sonntagsarbeit, wie ihn die Vorlage vorsieht, ist für die SP tabu.
Die Bevölkerung hat sich in verschiedenen Kantonen und über Jahrzehnte immer wieder gegen die Verschlechterung der arbeitsrechtlichen Regelung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen, zuletzt im Mai in St. Gallen oder am 30. Oktober mit einer Petition der Gewerkschaften Syna und Unia. Der für weite Teile der Bevölkerung erwerbsarbeitsfreie Sonntag ist eine Errungenschaft und dient dem sozialen und kulturellen Austausch und Zusammenhalt und der Erholung. Er ist damit ein wichtiger Faktor für die mentale und körperliche Gesundheit der Detailhandelsangestellten und den gesellschaftlichen und familiären Kitt in unserem Land.
Auch politisch ist der Vorschlag ein Rohrkrepierer mit Ansage: Erst 2023 musste der Bundesrat eine Teil-Liberalisierung der Sonntagsarbeit über eine Verordnungsänderung abblasen. Die 80 eingegangenen Vernehmlassungsantworten waren fast durchgehend negativ.
Zudem ist der Handlungsbedarf alles andere als gegeben: Sonntagsverkäufe haben einen beschränkten Nutzen, ist doch das Verhalten der Konsument·innen in viel stärkerem Ausmass durch ihre Kaufkraft als durch die Konsumgelegenheiten determiniert. Dem gegenüber stehen erhebliche Kosten für Angestellte in der Verkaufs-, Logistik-, Reinigungs- und Sicherheitsbranche, darunter überproportional vielen Frauen und ausländischen Staatsangehörigen.[1] Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben dürfte für Detailhandelsangestellte noch schwieriger werden – und dies in Tätigkeitsfeldern, die schon heute von sehr tiefen Löhnen und dem Mangel an einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag geprägt sind. Der Arbeitskräftemangel würde dadurch nur verstärkt werden. Aber auch die gesellschaftlichen Kosten würden mit einer Liberalisierung der Sonntagsverkäufe steigen. Hervorzuheben sind diesbezüglich die negativen Auswirkungen auf das zivilgesellschaftliche Engagement, z.B. in Vereinen, und die Gesundheitskosten: Weniger oder unregelmässige Ruhezeit führt nachweislich zu einem höheren Risiko für Burnout, Depressionen und soziale Isolation. Die Gesetzesänderung würde also die Gesundheitsrisiken in einer Branche erhöhen, in der Verkäuferinnen und Verkäufer schon heute oft unter körperlichen Beschwerden,

[1] Für eine Literatur-Übersicht, siehe den Forschungsbericht «Auswirkungen von Sonntagsarbeit» der Universität Bern (2025).

Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne
Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
info@spschweiz.ch
www.sp-ps.ch

etwa mit der Muskulatur oder den Gelenken (schwere Gewichte heben, repetitive Bewegungen) leiden. Dazu kommen hohe Leistungsziele, immer weniger Personal für immer mehr Aufgaben und ständige Unterbrüche bei der Arbeit. Wer über Jahre unter solchen Umständen arbeitet, hat ein höheres Risiko, krank zu werden, so zeigt es die Arbeitsmedizin. Dazu kommt, dass die Initiative in einem Kontext lanciert wurde, in dem der Anteil der Erwerbstätigen mit kritischem Stressniveau bei 29 Prozent liegt. Zudem geben 30 Prozent der Erwerbstätigen an, sich bei der Arbeit emotional erschöpft zu fühlen – der höchste Wert seit Beginn der Job-Stress-Index-Erhebung.[2]

Aus all diesen Gründen lehnt die SP die Vorlage ab.

Die SP engagiert sich für faire Arbeitsbedingungen. Deren Schutz ist der Kern des Arbeitsgesetzes. Die Ausweitung der bewilligungsfreien Sonntagarbeit steht in direkter Opposition zu jenem Kern des ArG und zu einem sozialdemokratischen Grundanliegen.

Wir danken Ihnen, geschätzter Herr Kommissionspräsident, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent

[2] Job-Stress-Index der Gesundheitsförderung Schweiz. (2022)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne
Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
info@spschweiz.ch
www.sp-ps.ch